Deutsche Feuerwehr-Gewerkschaft
Landesgruppe Hessen

Tel: +49(0)212 64 56 48 56
Fax: +49(0)212 64 56 48 57
info@dfeug.de
www.dfeug.de

DFeuG Hessen – Höhenstraße 7 – 65627 Elbtal-Elbgrund

+++Stellungnahme+++

Solingen, den 18.06.2022

DFeuG kritisiert angekündigte Erhöhung der Bezüge als „Tropfen auf den heißen Stein“, sieht darin nur eine notwendige Reaktion der Landesregierung aufgrund des Druckes vom Verwaltungsgerichtshof

Wir haben uns von der Ankündigung mehr erhofft, so Sven Ziegler, Vorsitzender des Landesverbandes der Deutschen Feuerwehr-Gewerkschaft (DFeuG), sichtlich enttäuscht.
„Grundsätzlich begrüßen wir, dass erstmals überhaupt Bewegung in dieses Thema kommt, welches seit Jahren seitens der Landesregierung ignoriert wurde- trotz mehrfacher Gerichtsurteile“, so Ziegler weiter.

Trotzdem vermutet die DFeuG hinter der heutigen Pressekonferenz lediglich eine Verzögerungstaktik, um den Auflagen der Gerichte nachzukommen.

„Seit Jahren müssen unsere Kolleginnen und Kollegen jährlich Widerspruch gegen die amtsangemessene Alimentierung einlegen“, so der Landesverbandsvorsitzende. „Diese rückwirkenden Forderungen werden bisher komplett ignoriert, hierzu wurden beispielsweise überhaupt keine Aussagen getroffen“.
Mit Blick auf die derzeitige Inflation, die steigenden Heizkosten, bezweifeln wir als Fachgewerkschaft, ob die Differenz zur Mindestabsicherung in Zukunft mit dieser geplanten Zahlung auch nur annähernd vorhanden sein wird.

Wir als DFeuG plädieren weiterhin für eine zügige Rückkehr in den Tarifverband der Länder, dies ist in unseren Augen der einzig richtige, zeitgemäße Schritt. „Dieses Ergebnis als familienfreundlich und generationsgerecht zu verkaufen, ist schon sehr realitätsfremd“, resümiert Ziegler. „Unseren Fachkräftemangel, im Bereich der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr, so zu heilen, das ist illusorisch und zeigt, wie weit die Politik doch von der Basis abgerückt ist“.

Wir werden als Fachgewerkschaft weiter dafür kämpfen, dass die Besoldung in Hessen, gegenüber anderen Bundesländern, endlich gleichgestellt wird. Als sogenanntes Geberland ist es inakzeptabel, dass unsere Beamt*innen schlechter besoldet werden, wie Kolleginnen und Kollegen, mit Länderfinanzausgleich. Unser klares Ziel: eine bundesweit einheitliche Besoldung, denn unsere Feuer brenn nicht weniger heiß, wie die in Sachsen oder Bayern. Dies gilt im Brand- und Katastrophenschutz gleichermaßen, wie auch im Rettungsdienst!